



Geschäfte des EFD 2018

3. Quartal

Bundesfinanzen

- **Hochrechnung 2018:** Für 2018 rechnet der Bund mit einem Überschuss von 2,3 Milliarden Franken. Budgetiert waren 0,3 Milliarden. Die Verbesserung widerspiegelt den wirtschaftlichen Aufschwung, der zu höheren Steuereinnahmen führt. Die aktuell hohen Einnahmen aus der Verrechnungssteuer sind allerdings mit Unsicherheiten verbunden. (15.8.)
- **Nachtrag II:** Der Bundesrat hat den zweiten Nachtrag zum Budget 2018 verabschiedet. Damit unterbreitet er dem Parlament 14 Nachtragskredite in der Höhe von 47,5 Millionen Franken, davon sind 39,8 Millionen finanzierungswirksam. Sie führen zu einer Erhöhung der budgetierten Ausgaben um 0,04 Prozent. Inhaltlich entfallen sie zur Hauptsache auf die Ergänzungsleistungen zur IV (15,0 Millionen) und auf die Revitalisierung von Gewässern (10,9 Millionen). (21.9.)
- **Verbundaufgaben:** Mit dem Bericht „Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen“ kommt der Bundesrat dem Auftrag des Parlaments nach, die Verbundaufgaben von Bund und Kantonen zu analysieren. Der Bericht kommt zum Schluss, dass in einer Reihe von Aufgabengebieten, die heute gemeinsam von Bund und Kantonen finanziert werden, eine vollständige oder teilweise Entflechtung vorgenommen werden könnte. Der Bundesrat hat den Bericht gutgeheissen und dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) den Auftrag erteilt, Gespräche mit den Kantonen über die Frage zu führen, ob ein entsprechendes Projekt in Angriff genommen werden soll. (28.9.)

Vom Bundesrat verabschiedete / angeordnete EFD-Botschaften

- **DBA mit Saudi-Arabien:** Der Bundesrat hat die Botschaft zum Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Saudi-Arabien verabschiedet. Für das Inkrafttreten muss es vom schweizerischen Parlament genehmigt werden und das nötige Genehmigungsverfahren in Saudi-Arabien durchlaufen. (15.8.)
- **BEPS-Übereinkommen:** Der Bundesrat hat die Botschaft zum multilateralen Übereinkommen zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Massnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Base Erosion and Profit Shifting, BEPS) verabschiedet. Die Botschaft wurde an die Eidgenössischen Räte überwiesen. (22.8.)
- **DBA mit dem Vereinigten Königreich:** Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Änderungsprotokoll zum Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit dem Vereinigten Königreich zuhanden des Parlaments verabschiedet. Mit dem Änderungsprotokoll wird das DBA an die Mindeststandards des BEPS-Projekts angepasst. (22.8.)
- **DBA mit Brasilien:** Der Bundesrat hat die Botschaft zum Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen mit Brasilien verabschiedet. Es handelt sich um das erste DBA zwischen der Schweiz

und Brasilien. Das Abkommen wurde am 3. Mai 2018 in Brasilia unterzeichnet und tritt nach der Genehmigung durch die Parlamente beider Länder in Kraft. (5.9.)

- **Finanzausgleich:** Aufgrund der Ergebnisse des Wirksamkeitsberichts 2016–2019 zum Finanzausgleich und gestützt auf das Ergebnis der Vernehmlassung schlägt der Bundesrat eine Reform des Finanzausgleichs vor. Als wichtigstes Element soll die Mindestausstattung im Ressourcenausgleich auf 86,5 Prozent des schweizerischen Mittels erhöht und gleichzeitig gesetzlich garantiert werden. Der Bundesrat hat die Botschaft zuhanden des Parlaments verabschiedet. (28.9.)

Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **PostFinance:** Der Bundesrat hat eine Aussprache zur Weiterentwicklung von PostFinance geführt. Er hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) eine Vernehmlassungsvorlage zu einer Teilrevision des Postorganisationsgesetzes auszuarbeiten. PostFinance soll es erlaubt werden, auch Hypotheken und Kredite anzubieten. Im Einklang mit dieser strategischen Ausrichtung soll PostFinance die zusätzlichen Eigenkapitalanforderungen für systemrelevante Inlandbanken primär durch den Aufbau von Eigenkapital und ohne staatliche Absicherung bereitstellen. Diese Anforderungen werden voraussichtlich per 1. Januar 2019 in Kraft treten. (5.9.)
- **Anlagefonds:** Der Bundesrat will die Attraktivität des Anlagefondsplatzes Schweiz verbessern. Er beauftragte das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) mit der Erarbeitung einer Vorlage für eine entsprechende Gesetzesrevision bis Mitte 2019. Die neuen Bestimmungen werden die Markteinführung innovativer Produkte erleichtern. (5.9.)
- **Amtshilfe im Zollbereich mit den USA:** Der Bundesrat hat von den Ergebnissen des Vernehmlassungsverfahrens zu einem Amtshilfeabkommen im Zollbereich mit den USA Kenntnis genommen. Er beschloss, die Verhandlungen über das Abkommen weiterzuführen, sofern die Aussenpolitischen Kommissionen der Bundesversammlung dem zustimmen. (5.9.)

Internationales

- **Bretton-Woods-Stimmrechtsgruppe:** Die Bundesräte Ueli Maurer und Johann N. Schneider-Ammann nahmen zusammen mit Nationalbankpräsident Thomas Jordan am Treffen der schweizerischen Stimmrechtsgruppe im Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank, den Bretton-Woods-Institutionen, in Warschau teil. (2.7.)
- **Versicherungsabkommen:** Die Schweiz und die EU passen ihr seit 1989 bestehendes Direktversicherungsabkommen an neue regulatorische Anforderungen an. Der Gemischte Ausschuss mit Vertretern beider Seiten hat die Änderungen beschlossen und in Kraft gesetzt. Damit entspricht das Abkommen auch künftig den Bedürfnissen der Schweizer Versicherungswirtschaft. (3.7.)
- **Exporte:** Der seit Anfang 2017 registrierte Wachstumstrend bei den Exporten hielt auch im zweiten Quartal 2018 ungebrochen an. Damit stiegen die Ausfuhren auf einen neuerlichen Quartalshöchststand – den fünften in Folge. Derweil legten die Importe, nach dem steilen Anstieg in den Vorquartalen, eine Verschnaufpause auf hohem Niveau ein. In der Handelsbilanz resultierte ein Überschuss von 4,6 Milliarden Franken. (19.7.)
- **Südamerika:** Bundesrat Ueli Maurer stattete Brasilien und Argentinien einen Arbeitsbesuch ab. Er wurde vom Staatssekretär für internationale Finanzfragen Jörg Gasser sowie Vertretern der Schweizer Finanz- und Fintechbranche begleitet. In Buenos Aires nahm zudem der Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, Thomas Jordan, an den Treffen teil. Gegenstand der Gespräche waren die aktuellen bilateralen Dossiers im Finanz- und Steuerbereich sowie die bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der Finanzdienstleistungen. (20.7.)

- **G20:** Am dritten Treffen der G20-Finanzminister in diesem Jahr unterstrich Bundesrat Ueli Maurer in Buenos Aires die Position der Schweiz zu Kryptowährungen. Ausserdem schloss sich die Schweiz der Forderung nach offenen Märkten für Güter und Dienstleistungen an. Im Bereich der Besteuerung der digitalen Wirtschaft will auch die Schweiz eine sorgfältige Abklärung der Ausgangslage und darauf aufbauend einen international geltenden Standard. (22.7.)
- **Grenzkontrollen:** Auf Einladung des Kantons Graubünden besuchte Bundesrat Ueli Maurer das Engadin und wohnte zusammen mit Regierungsrat Christian Rathgeb einer von der Kantonspolizei und der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) gemeinsam durchgeführten Personen-, Waren- und Fahrzeugkontrolle bei. (24.8.)
- **SAGIA:** Der Gouverneur der saudi-arabischen Investitionsbehörde Saudi Arabia General Investments Authority (SAGIA) Ibrahim Al-Omar traf den Vorsteher des Finanzdepartements (EFD), Bundesrat Ueli Maurer. (14.9.)
- **Israel:** Der Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) Ueli Maurer und Israels Finanzminister Moshe Kahlon haben sich in Jerusalem zum Austausch über Finanz- und Steuerthemen von gemeinsamem Interesse getroffen. Gleichentags wurden zuvor an der zweiten Runde des Finanzdialogs Schweiz-Israel Bereiche von gegenseitigem Interesse identifiziert und das Engagement zur weiteren Zusammenarbeit in verschiedenen Fragen einschliesslich Marktzugang und Fintech gestärkt. (16.9.)

Reformprojekte des Bundesrates

- **Strukturelle Reformen:** Der Bundesrat hat eine vertiefte Aussprache über mögliche strukturelle Reformen in der Bundesverwaltung fortgesetzt. Die Aufgabenerfüllung der Bundesverwaltung soll durch organisatorische Anpassungen und die Überprüfung von Ausgabenbindungen in verschiedenen Bereichen optimiert werden. Der Bundesrat trägt damit auch den Forderungen aus dem Parlament nach einer Aufgabenüberprüfung Rechnung. (30.8.)
- **STAF:** Eine allfällige Referendumsabstimmung zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF; vormals Steuervorlage 17) soll voraussichtlich am 19. Mai 2019 stattfinden, das Gesetz soll am 1. Januar 2020 in Kraft treten. Dies hat der Bundesrat nach Prüfung möglicher früherer Abstimmungstermine beschlossen. (28.9.)

Wichtige Verordnungen

- **Versandhandelsregelung:** Die Verordnung zur Versandhandelsregelung tritt auf den 1. Januar 2019 in Kraft. Das hat der Bundesrat beschlossen. Damit werden alle Teile der Teilrevision des Mehrwertsteuergesetzes umgesetzt sein. (15.8.)
- **Alkoholgesetz:** Der Bundesrat hat zwei Verordnungen zum teilrevidierten Alkoholgesetz aus dem Jahr 2016 verabschiedet. Diese bilden die Grundlage für die Liberalisierung des Ethanolmarkts per 1. Januar 2019 sowie für die Überweisung von 60 Millionen Franken aus dem Betriebsfonds der ehemaligen Eidgenössischen Alkoholverwaltung (EAV) an die Alters-, Hinterlassenen- und an die Invalidenversicherung. (28.9.)

Weitere EFD-Geschäfte

- **Edelmetallkontrolle:** Mit der Einweihung des neuen Standorts des Zentralamts für Edelmetallkontrolle (ZEMK) und der Edelmetallkontrolle Biel (EMK) schafft die Eidgenössische Zollverwaltung (EZV) 20 qualifizierte Vollzeitstellen in Brügg BE. Damit bündelt die EZV Aufgaben, vereinfacht Prozesse und verbessert die Erreichbarkeit. (2.7.)
- **SNB:** Der Bundesrat hat auf Antrag des Bankrats der Schweizerischen Nationalbank (SNB) Martin Reto Schlegel zum neuen Stellvertretenden Direktoriumsmitglied der SNB ernannt. Schlegel ist aktuell Leiter der SNB-Niederlassung in Singapur. Er wird auf den 1. September 2018 die Position als Stellvertreter des Vorstehers des I. Departements übernehmen. (4.7.)

- **Cyber-Sicherheit:** Der Bund intensiviert seine Anstrengungen bei der Prävention und der Bekämpfung von Cyber-Risiken. Im Hinblick auf den Aufbau eines entsprechenden Kompetenzzentrums hat der Bundesrat erste Grundsatzentscheide gefällt und verschiedene Aufträge erteilt. Definitiv entscheiden wird er Ende 2018. (4.7.)
- **FISCAL-IT:** Die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) hat die elektronischen Mehrwertsteuersysteme erfolgreich erneuert. Damit ist das Informatik-Programm FISCAL-IT fast vollständig umgesetzt. (6.7.)
- **Sanierungsarbeiten im Bundeshaus Nord:** Das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) hat Mitte Juni die Sanierung des Bundeshauses Nord abgeschlossen. Nach rund drei Jahren in provisorischen Räumlichkeiten kehren in den nächsten Tagen Bundesrätin Doris Leuthard und das Generalsekretariat des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (GS-UVEK) in das frisch sanierte Gebäude an der Kochergasse 10 zurück. Bereits wieder eingezogen ist Ende Juni die Direktion für Völkerrecht des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA). (9.7.)
- **Alkohol-Testkäufe:** Im vergangenen Jahr sind schweizweit insgesamt rund 7225 Alkohol-Testkäufe durchgeführt worden. In rund 29 Prozent aller Fälle sind alkoholische Getränke verkauft worden, obwohl die Testkäuferinnen und -käufer die gesetzliche Alterslimite dafür nicht erfüllten. Dies entspricht einer Abnahme von drei Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dieser Rückgang dürfte in erster Linie auf die veränderte Zusammensetzung der Testkäufe zurückzuführen sein. (16.8.)
- **Arbeitsgruppe Blockchain/ICO:** Die Arbeitsgruppe Blockchain/ICO wurde Anfang 2018 eingesetzt, um die rechtlichen Rahmenbedingungen zu überprüfen und allfälligen Handlungsbedarf aufzuzeigen. Mit der vorliegenden Konsultation bietet die Arbeitsgruppe der Branche Gelegenheit, zu den bisherigen Arbeiten und zur Stossrichtung der Empfehlungen Stellung zu nehmen. (31.8.)
- **Kulturerbejahr 2018:** Im Rahmen des «Kulturerbejahr2018» und den europäischen Tagen des Denkmals bot das Bundesamt für Bauten und Logistik BBL am 1. und 2. September 2018 in Genf in den drei historischen Gebäuden «Villa Barton», «Palais Wilson» und «La Pastorale» Führungen an. (2.9.)
- **Datenbearbeitung:** Der Bundesrat hat den Schlussbericht der Expertengruppe zur Zukunft der Datenbearbeitung und Datensicherheit zur Kenntnis genommen. Das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) wurde beauftragt, in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Departementen bis Mitte 2019 die insgesamt 51 Empfehlungen der Expertengruppe zu analysieren und dem Bundesrat entsprechende Folgearbeiten zum Entscheid zu unterbreiten. (10.9.)
- **Sondermünze:** Aus Anlass des 100. Todestages von Messerschmiedepionier Karl Elsener lanciert die Eidgenössische Münzstätte Swissmint die Silbermünze «Swiss Army Knife». Mit der neuen Sondermünze für Sammler und Liebhaber sowie dem Weihnachtsmünzsatz 2018 beschliesst die Swissmint ihr diesjähriges Ausgabeprogramm. (10.9.)
- **Derivatetransaktionen:** Der Bundesrat hat beschlossen, die Meldepflicht von Derivatetransaktionen für kleine nicht-finanzielle Gegenparteien per 1. Januar 2024 in Kraft zu setzen. Die Meldepflichten anderer Marktteilnehmer sind vom Entscheid nicht betroffen. (14.9.)
- **Wehrpflichtersatzabgabe:** Ab dem 1. Januar 2019 erfolgt die Erhebung der Wehrpflichtersatzabgabe nach neuem Gesetz. Der Bundesrat hat die Inkraftsetzung des revidierten Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG) beschlossen. (14.9.)
- **Bankrat SNB:** Der Bundesrat hat die Bündner Regierungsrätin und Finanzvorsteherin Barbara Janom Steiner zur neuen Präsidentin des Bankrats der Schweizerischen Nationalbank (SNB) gewählt. Sie wird Nachfolgerin von Jean Studer, der per Ende April 2019 zurücktritt. Der Berner Regierungsrat und Volkswirtschaftsdirektor Christoph Ammann wurde als neues Mitglied des Bankrats gewählt. (14.9.)

- **Beschaffungscontrolling:** Der Bundesrat hat den Bericht über das Beschaffungscontrolling für das Jahr 2017 zur Kenntnis genommen. Dieser weist für die zentrale Bundesverwaltung Zahlungen im Wert von 5,7 Milliarden Franken für Beschaffungen von kommerziellen Leistungen und Lieferungen (Güter und Dienstleistungen) aus. (21.9.)

Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

In der Herbstsession verabschiedete Vorlagen

- **Bundesbauten:** Der Bund soll für zivile Bundesbauten 127,9 Millionen Franken ausgeben dürfen. Der Ständerat hat die Botschaft 2018 einstimmig genehmigt. Darin enthalten ist für 23,9 Millionen Franken der Neubau einer Ausbildungshalle in Magglingen BE. Hinzu kommt ein Verpflichtungskredit für die Gesamtsanierung des Kanzleigebäudes der Schweizer Botschaft in Washington für 14 Millionen Franken. Die restlichen 90 Millionen Franken entfallen auf den Rahmenkredit, aus dem Verpflichtungskredite für Bauvorhaben des Immobilienportfolios des Bundesamtes für Bauten und Logistik abgetreten werden, die weniger als zehn Millionen Franken kosten. Nun muss noch der Nationalrat die Botschaft genehmigen. (10.9.)
- **Steuern:** Für die direkte Bundessteuer, die Mehrwertsteuer und weitere vom Bund erhobene Abgaben sollen einheitliche Verzugs- und Vergütungszinsen gelten. Dieser Meinung ist nach dem National- auch der Ständerat. In einem Punkt sind sich die beiden Kammern aber noch uneinig. Anders als die grosse Kammer will der Ständerat den neuen Referenzzinssatz nicht fest an die Marktentwicklung anbinden. Er strich den letzten Satz aus der Motion, der er ansonsten oppositionslos zustimmte. Über die abgeänderte Fassung des Vorstosses muss nun noch der Nationalrat befinden. (10.9.)
- **Internetkriminalität:** Der Ständerat will keine eigenständige Kommandozentrale zur Cyberabwehr innerhalb der Armee oder im Verteidigungsdepartement (VBS). Er hat eine entsprechende Motion aus dem Nationalrat oppositionslos abgelehnt. Die grosse Kammer hatte im Frühling einem Ausbau der Cyberabwehr des Bundes in den nächsten zwei Jahren mit grosser Mehrheit zugestimmt. Den Anstoss dazu gab ein Vorstoss von Franz Grüter (SVP/LU). Sein Anliegen ist nach dem Nein des Ständerats vom Tisch. Wie Finanzminister Ueli Maurer verwies eine Mehrheit der kleinen Kammer auf die laufenden Arbeiten des Bundesrats. Die Regierung fällte Anfang Juli erste Grundsatzentscheide zum Aufbau eines Cyber-Kompetenzzentrums. (10.9.)
- **Vorsorge:** Das Parlament verlangt Steueranpassungen für die freie Vorsorge der 3. Säule (3b). Uneinig sind sich National- und Ständerat darin, wie das vorzeitig bezogene Rentenskapital besteuert werden soll. Der Nationalrat unterstützt eine FDP-Motion. Diese verlangt, von der heute pauschalen Besteuerung nach der 40-Prozent-Regel abzuweichen und nur den effektiven Ertragsanteil zu besteuern. Der Ständerat will ebenfalls eine Änderung, sprach sich aber einstimmig für eine andere Lösung aus. Konkret soll die Pauschale flexibler gehandhabt werden und würde bei 26 Prozent zu liegen kommen. Nun muss der Nationalrat über den geänderten Motionstext befinden. (10.9.)
- **Billag:** Der Bundesrat muss gesetzliche Grundlagen schaffen, damit die zu Unrecht erhobenen Mehrwertsteuerbeträge auf Radio- und Fernsehempfangsgebühren dereinst zurückbezahlt werden können. Der Ständerat hat eine Motion von Sylvia Flückiger (SVP/AG) überwiesen. Zu weit geht ihm dagegen eine Motion der nationalrätlichen Fernmeldekommission. Diese verlangt eine Rückwirkungsfrist von fünf Jahren. Auch eine Genfer Standesinitiative für eine automatische Rückerstattung fand keine Mehrheit. Die Billag hat während Jahren zu Unrecht Mehrwertsteuer erhoben. Vor dem

Bundesgericht ist derzeit die Frage hängig, ob das Geld zurückgezahlt werden muss. (12.9.)

- **Informationsaustausch:** Der Ständerat befürwortet den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong. Er hat sich für die Ratifikation entsprechender Abkommen ausgesprochen. Auch mit weiteren Staaten soll die Schweiz Informationen tauschen. Die Abkommen mit Singapur und Hongkong waren letztes Jahr unterzeichnet worden und werden seit Anfang Jahr bereits vorläufig angewendet. Daten werden aber noch nicht ausgetauscht. Erstmals wird es voraussichtlich im Herbst 2019 dazu kommen. (17.9.)
- **Bundespersonal:** Der Ständerat beharrt nicht auf einer fixen Obergrenze für die Zahl der Bundesangestellten. Er machte aber deutlich, dass die Kosten nicht steigen sollten. Das Parlament hatte den Bundesrat 2015 beauftragt, den Personalbestand auf dem Niveau desselben Jahres einzufrieren, nämlich bei 35'000 Vollzeitstellen. Beide Räte stimmten einer entsprechenden Motion zu. Der Ständerat hat sich nun mit 24 zu 19 Stimmen dafür ausgesprochen, den Vorstoss abzuschreiben - gegen den Willen seiner Kommission. Nun muss noch der Nationalrat entscheiden. Der Bundesrat stellt sich auf den Standpunkt, die Steuerung über Kosten sei sinnvoller als eine Steuerung über Köpfe. Zudem sei die Obergrenze faktisch eingehalten worden in den letzten Jahren. (17.9.)
- **Berater:** Der Bund soll die Ausgaben für die externen Berater senken. Der Ständerat hat eine entsprechende Motion aus dem Nationalrat mit 29 zu 13 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen, aber den Text abgeschwächt. Die Motion von Hans-Ulrich Bigler (FDP/ZH) fordert, dass die Ausgaben in den nächsten fünf Jahren jährlich um 8 Prozent reduziert werden. Der Ständerat will verlangen, dass sie in den nächsten drei Jahren jährlich um 4 Prozent gesenkt werden. Zudem beschloss er einen Richtwert: Die Ausgaben für die externen Berater sollen in der Regel nicht mehr als 3 Prozent der Personalausgaben ausmachen. Die abgeänderte Motion geht zurück an den Nationalrat. (17.9.)
- **Nebenbeschäftigungen:** Die Bundesangestellten sollen nach dem Willen des Ständerates künftig einen angemessenen Teil der Entschädigungen für Nebenbeschäftigungen an die Bundeskasse abführen müssen. Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat angenommen, aber deren Text abgeändert. Der Nationalrat hatte es für alle Entschädigungen verlangen wollen. Über den vom Ständerat abgeänderten Text der Motion von SVP-Nationalrat Peter Keller (NW) muss er noch befinden. Zur Diskussion stehen Entschädigungen für Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis beim Bund stehen. (17.9.)
- **Teuerungsausgleich:** Die Bestimmung zum Teuerungsausgleich für das Bundespersonal wird nicht aus dem Gesetz gestrichen. Der Ständerat hat eine Motion aus dem Nationalrat mit 35 zu 6 Stimmen abgelehnt. Die Befürworter der Streichung monierten, die heutige Regelung führe zu einem automatischen Teuerungsausgleich. Die Gegner und der Bundesrat bestritten das. Zudem entscheide am Ende das Parlament im Rahmen der Budgetdebatte, argumentierten sie. "Haben Sie Angst vor sich selbst?", fragte Finanzminister Ueli Maurer. (17.9.)
- **Löhne:** Die Löhne und Sozialleistungen der Bundesverwaltung müssen nicht an jene in der Privatwirtschaft angeglichen werden. Auch muss der Bund das Leistungslohnsystem nicht überarbeiten. Der Ständerat hat zwei Vorstösse aus der SVP-Fraktion mit diesen Forderungen abgelehnt. Finanzminister Ueli Maurer plädierte für punktuelle Anpassungen statt Gesetzesänderungen. Er warnte, dass eine Anpassung an die Privatwirtschaft im oberen Bereich zu steigenden Löhnen führen könnte. Der Bund zahle zwar gut, sagte er. Manche Bundesangestellte könnten in der Privatwirtschaft aber "locker das Doppelte" verdienen. (17.9.)

- **Bussen:** Unternehmen sollen ausländische Bussen und Geldstrafen unter bestimmten Bedingungen von den Steuern abziehen dürfen. Das will der Nationalrat. Der Bundesrat und der Ständerat hatten anders entschieden. Im Nationalrat konnten die SVP und die FDP ihre Mehrheit ausspielen, mit ein paar Stimmen aus der Mitte. Der Rat beschloss mit 94 zu 88 Stimmen bei 2 Enthaltungen, der Mehrheit seiner Kommission zu folgen. Die Gegnerinnen und Gegner argumentierten vergeblich, damit müsse die Allgemeinheit für Millionenbussen aufkommen, die sich Unternehmen durch rechtswidriges Verhalten eingehandelt hätten. Finanzminister Ueli Maurer warnte vor internationalen Problemen. Aus seiner Sicht ist eine solche Regelung zudem nicht praktikabel. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat. (18.9.)
- **Banken:** Systemrelevante Banken sind gezwungen, zusätzliches Eigenkapital aufzubauen. Der Bundesrat will verhindern, dass dadurch die Steuerbelastung steigt. Die Gesetzesänderung war auch im Nationalrat unbestritten. Hintergrund sind höhere Eigenkapitalanforderungen. Um diese zu erfüllen, müssen systemrelevante Banken Kapitalbeschaffungsinstrumente wie CoCos, Write-off-Bonds und Bail-in-Bonds herausgeben. Weil die Emission ab 2020 durch die Konzernobergesellschaft erfolgen muss, erhöht das die Gewinnsteuerbelastung auf Beteiligungserträge. Um das zu vermeiden, schlägt der Bundesrat vor, den Zinsaufwand für die Instrumente nicht mehr als Teil des Finanzierungsaufwands zu behandeln, der den Beteiligungsabzug kürzt. Eine Minderheit verlangte, den Beteiligungsabzug auf alle Konzernobergesellschaften und andere Leitungsgesellschaften auszuweiten. Das ging dem Rat zu weit. Als nächstes beugt sich der Ständerat über das Dossier. (20.9.)
- **Onlinehandel:** Der Ständerat will die Regeln für den grenzüberschreitenden Online-Handel weiter verschärfen, um Ausfälle bei der Mehrwertsteuer zu verhindern. Er hiess eine Motion mit diesem Ziel stillschweigend gut. Nächstes Jahr treten neue Regeln in Kraft, die den Online-Handel im Ausland verteuern dürften. Versandhändler müssen neu ab einem Umsatz von 100'000 Franken in der Schweiz Mehrwertsteuer bezahlen. Beat Vonlanthen (CVP/FR) genügt dies nicht. Die Situation sei nach wie vor unbefriedigend, begründet er seinen Vorstoss. Als möglichen Ansatz nennt er eine Haftung oder Deklarationspflicht der Online-Plattformen für Verkäufe, die über sie abgewickelt werden. Nun muss der Nationalrat entscheiden. (24.9.)
- **Demokratie:** Die Stimmberechtigten sollen weiterhin über Sachfragen, nicht aber über Kredite abstimmen. Wie der Nationalrat stimmte nun auch der Ständerat gegen die Einführung eines Finanzreferendums auf Bundesebene. Mit 34 zu 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen lehnte die kleine Kammer eine Motion von Thomas Minder (parteilos/SH) ab und folgte damit ihrer vorberatenden Kommission. Vor zwei Wochen hatte der Nationalrat ähnliche parlamentarische Initiativen aus den Reihen der SVP und GLP abgelehnt. Das Anliegen ist damit vom Tisch. (24.9.)
- **Finanzplatz:** Schweizer Fonds sollen Pensionskassen oder Versicherungen bessere Bedingungen anbieten können. Das verlangt der Ständerat mit einer Motion. Wegen des grossen Aufwands soll auf die Produktegenehmigung verzichtet werden können. Motionär Ruedi Noser (FDP/ZH) hofft, dass die kollektiven Kapitalanlagen so international konkurrenzfähig werden. Beim Bundesrat rennt er damit offene Türen ein. Dieser hat das Finanzdepartement Anfang September beauftragt, eine Gesetzesrevision auszuarbeiten. Mit dieser sollen so genannte Limited Qualified Investment Funds (L-QIF) eingeführt werden. (24.9.)
- **Steuern:** Das Parlament will die steuerliche Situation von Start-ups und deren Mitarbeitenden verbessern. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion mit dieser Forderung angenommen. Handlungsbedarf besteht, weil Mitarbeiter mit Beteiligungen an Start-ups unter Umständen hohe Steuern zahlen, obwohl das Unternehmen keinen Gewinn abwirft. Finanzminister Ueli

Maurer warnte vergebens, Privilegien für bestimmte Personengruppen könnten Verfassungsgrundsätze verletzen. (24.9.)

- **Grenzwache:** Die Schweiz ist nach Ansicht des Ständerats gut gerüstet, falls die Migration an der Südgrenze stark zunehmen sollte. Die kleine Kammer hat eine Motion mit 29 zu 14 Stimmen abgelehnt, die verlangte, das Grenzwachtkorps bei Bedarf mit mindestens fünfzig Militärpolizisten zu unterstützen. Die Mehrheit erachtete die Forderung als erfüllt. Gemäss der Notfallplanung Asyl sei ein subsidiärer Einsatz der Armee zugunsten des Grenzwachtkorps bereits möglich, argumentierte sie. Damit ist das Anliegen vom Tisch. (24.9.)
- **Steuern:** Der Ständerat hat die Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Sambia und Ecuador ohne Gegenstimme genehmigt. Das Abkommen mit Sambia ist neu, jenes mit Ecuador soll geändert werden. Heisst auch der Nationalrat die beiden Abkommen gut, können sie in Kraft treten. Das DBA mit Ecuador soll mit einer Bestimmung über den Informationsaustausch auf Anfrage nach dem international geltenden Standard ergänzt werden. Das Abkommen mit Sambia ersetzt ein Abkommen mit dem Vereinigten Königreich, das bisher auf die Schweiz und Sambia Anwendung fand. (24.9.)
- **Steuern:** Der Nationalrat pocht darauf, dass der Bundesrat eine angenommene Motion zur Besteuerung von Ausländerinnen und Ausländern umsetzt. Er hat es abgelehnt, diese abzuschreiben. Die Motion beauftragt den Bundesrat, im Rahmen der Verhandlung von Doppelbesteuerungsabkommen sicherzustellen, dass bei in der Schweiz ansässigen und im Ausland beschränkt steuerpflichtigen Personen allgemeine Abzüge und Sozialabzüge vollständig berücksichtigt werden. Der Bundesrat beantragt dem Parlament nun, die Motion abzuschreiben. "Sie klammern sich an das Prinzip Hoffnung", sagte Finanzminister Ueli Maurer. Diese Hoffnung werde sterben, auch wenn der Rat am Auftrag festhalte. Als nächstes entscheidet der Ständerat. (27.9.)
- **Grenzwache:** Das Parlament verlangt vom Bundesrat, das Grenzwachtkorps aufzustocken. Der Nationalrat hat mehrere Vorstösse angenommen, die zusätzliche Grenzschrützer fordern. Am weitesten geht eine Motion seiner Sicherheitspolitischen Kommission. Diese verlangt zusätzlich 44 Vollzeitstellen ab Mitte 2019 sowie weitere 44 im Jahr 2020. Zudem sollen Ressourcen, die durch das Programm DaziT beim Zoll frei werden, im Grenzschutz eingesetzt werden. Der Nationalrat hat auch eine Standesinitiative angenommen, die eine Aufstockung des Grenzwachtkorps verlangt. Dieser hatte auch der Ständerat schon zugestimmt. (27.9.)
- **Steuervorlage 17:** In den Schlussabstimmungen genehmigten der Nationalrat (mit 112 zu 67 Stimmen bei 11 Enthaltungen) und der Ständerat (mit 39 zu 4 Stimmen bei 2 Enthaltungen) das Bundesgesetz über die Steuervorlage 17, mit dem international nicht mehr akzeptierte kantonale Steuerprivilegien für Holdings und andere Spezialgesellschaften abgeschafft werden. (28.9.)
- **Verrechnungssteuer:** Mit 137 zu 55 Stimmen bei einer Enthaltung (Nationalrat) und 38 zu 1 Stimmen bei 6 Enthaltungen (Ständerat) hiessen die Eidgenössischen Räte in den Schlussabstimmungen das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer gut, mit dem diese grosszügiger zurückerstattet wird, wenn Einkommen erst nachträglich deklariert werden. (28.9.)